

Volkswacht

für Schlesien Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 25

Freitag, den 30. Januar 1903.

14. Jahrgang.

Ballestreem, kehre zurück!

Alles ist Dir vergeben!

Die Zollwucher-Mehrheit hat am Donnerstag ihren Hauptling, Grafen Ballestreem, aufs Neue auf den Präsidentenstuhl erhoben. Eugen Richter war dem Alte ferngeblieben; sein Befolge stimmte dagegen mit der Linken und protestierte gleich der Sozialdemokratie und der Vereinigung durch Abgabe weißer Zettel gegen das von der Mehrheit beliebte Vertrauensvotum für den Attentäter auf die verfassungsmäßig verbürgte Redefreiheit. Wie hat sich doch das Bild geändert, seitdem Zentrum und Linke im Frühling 1895 gemeinsam das Präsidium besetzten, während die alten Kartellparteien durch weiße Zettel ihren Mißmut demonstrierten. Das alte Kartell und das Zentrum haben jetzt unter der Regide des Zollwuchers und der Erdbeben der Redefreiheit in die Kasse gefunden. 195 Abgeordnete haben durch ihre Stimmabgabe für Ballestreem sich zu Mitschuldigen des Attentats auf die Redefreiheit gemacht. 89 Abgeordnete haben durch Abgabe weißer Zettel feierlichen Protest gegen dieses Attentat eingelegt; einer hat in Verkennung des bedeutsamen Moments sich den alten „Witz“ geleistet, Hülwara zum Präsidenten der deutschen Volksvertretung zu wählen — eine kleine Aboewechselung. Graf Ballestreem, der zu erblichem Herrenhaus begnadete Attentäter und Pfui-Aufer, erschien erst später im Hause. Bezeichnender Weise bedankte er sich bloß bei der Mehrheit, die ihn gewählt und die notabens für sich allein nicht beschlußfähig ist. Es giebt keinen Reichstagspräsidenten mehr; es giebt nur noch einen Mehrheitspräsidenten.

Der weitere Teil der Donnerstagsitzung verlief ohne bemerkenswerte Zwischenfälle, aber keineswegs uninteressant. Ueber das Gesetz betr. Verbot der Phosphorgründwar-Fabrikation, das Graf Rosadowski nicht unwirksam begründete, scheint ziemliche Einmütigkeit im Hause zu herrschen; die Rechte allerdings schwiegen sich aus — sie hat für nicht-agrarische Dinge kein Interesse — und die freisinnige Volkspartei, vertreten durch Eugens speziellen Intimus Wiemer, äußerte lebhafteste Fabrikantenentschädigungsschmerzen. Von Seiten unserer Fraktion sprach mit großer Sachkunde Genosse Wurm. Die Vorlage wurde schließlich mit Einstimmigkeit an eine 21 gliederige Kommission verwiesen.

Während so das Phosphorgegesetz an die Kommission ging, kam das Kinderschutzgesetz aus der Kommission ans Plenum. Es entspricht ganz der deutsch-preussischen Sozialpolitik, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes sich auf die gewerblichen Betriebe beschränken, während an die himmelschreienden Zustände in der ländlichen Kinderarbeit beiseite nicht gerührt werden soll. Denn das leiden die Agrarier nicht, als deren Wortführer der behaglich-breite Herr Camp austrat, der das idyllische Lied vom stillen Glück des Hirtenjungen und des Hirtenmädchens, das er bei der ersten Lesung angestimmt, in epischer Ausführlichkeit weiter ausspannt. Genosse Wurm führte ihn glänzend ab und bewies an der Hand umfangreichen Materials die Not-

wendigkeit, unseren Anträgen Folge zu geben, welche Ausdehnung der Bestimmungen auf die ländliche Kinderarbeit und Beseitigung des Unterschiedes zwischen fremden und eigenen Kindern fordern. Aber die agrarische Mehrheit wird dieser sittlichen Notwendigkeit um so weniger gehorchen, als dort selbst die freisinnigen Redner Zwied und Köstke bei aller prinzipiellen Anerkennung der Berechtigung unserer Anträge sich hinter der voraussichtlich nicht erfolgenden Zustimmung des Bundesrats verschanzten.

Im Abgeordnetenhaus

Die Zeit von den Agrariern weiter elend verhöhnt. Die Notleidenden haben offenbar das Versprechen, ihrer Not durch längeren Bezug von Diktum einigermaßen aufzuhelfen und setzen ihre ganze Kraft daran, den Etat bis zum verfassungsmäßigen Termin, dem 1. April, nicht ausfallen kommen zu lassen. Muß dann erst wieder ein Notgesetz gemacht werden, so kann die Session mit Ostern- und Pfingstferien leicht bis in den Juni ausgedehnt werden. Dieselben Herren, welche den Parteien der Linken im Reichstag unruhig und langes Reden bei den Zolldebatten vorgeworfen haben, unterhalten sich jetzt post tectum über Zollfragen im preussischen Landtage, obwohl die Dinge vor dieses Forum gar nicht gehören.

Heute machte der Zentrumsagrarier Herold den Anfang mit einer Rede, in der er sich des langen und breiten mit dem Lande der Landwirte und seinen Forderungen auseinandersetzte.

Die Herren von Oldenburg-Januschan und von Wangenheim blieben natürlich Herrn Herold die Antwort nicht schuldig. Sie benutzten die Gelegenheit, sich außer mit dem Zentrum auch wieder einmal ordentlich mit der Regierung herumzuzanzen, die diesen Agrardemagogon mit dem Wuchertarif noch lange nicht genug getan hat.

Nachdem sich der Abg. Febr. von Jedlitz als freiwilliger Regierungskommissar aufgetan und die Verständigungspolitik verteidigt hatte, wurde noch Herr Dietrich Bahn losgelassen. Er fuhr das gewohnte scharfe Geschütz auf und erteilte der Regierung ein echtes und rechtes Mißtrauensvotum.

Die agrarischen Unverschämtheiten des Herrn Bahn hatten den geplagten Landwirtschaftsminister von Poddieleski bearbeitet in den Harnisch gebracht, daß er gegen 3/4 Uhr das Wort zu einer längeren Rede nahm. Der Minister sprach mit dröhnender Stimme und in höchster Erregung, in Ausdrücken, wie sie so scharf aus seinem Munde wohl noch nicht gehört worden sind. Er sagte: „Das Tuch zwischen mir und dem Bunde der Landwirte ist nach dieser provokatorischen Rede zerschnitten“ und erklärte dann weiter noch, daß seine Hoffnung, die besonnenen Elemente im Bunde der Landwirte würden noch einmal die Oberhand gewinnen, durch Herrn Bahn völlig zu Schanden geworden sei.

Im Hause schien man der Empörung des Ministers große Bedeutung beizulegen. Es bildeten sich Gruppen, die das Ereignis besprachen; am Ministerisch oben blieb Herr von Poddieleski noch längere Zeit in lebhafter Unterhaltung mit etwa einem Duzend Kommissaren. Wir meinen, große politische Konsequenzen wird der Vorfall nicht haben. Anständige Leute schlagen sich, und anständige Leute vertragen sich auch wieder.

Politische Heberfahrt.

Die Sicherung des Wahlheimnisses bei der Reichstagswahl ist nach Auslassungen der „Köln. Ztg.“ auf die Wahrnehmung zurückzuführen, daß die Arbeiter in der Kruppaffäre zu Schuldigen gepreßt wurden, die sie nachher widerriefen.

Nach Informationen unseres Hamburger Parteiorgans ist diese Meldung richtig, und zwar hat die große Protestversammlung der Arbeiter des „Vulkan“ den Anstoß zur Reform gegeben. Die von dieser Versammlung beschlossene telegraphische Adresse an Wilhelm II., in welcher sie ihre wahre Meinung über die Schuldigungen ausdrückte, ist nämlich dem Adressaten wirklich eingehändigt worden. Natürlich war er nicht wenig erstaunt über die in diesem Telegramm zu Tage tretende Auffassung der Krupp-Affäre und seiner eigenen Neben und legte diese Ueberraschung sehr deutlich dar. Schließlich erklärte er, nun solle bei der nächsten Wahl aber auch die wirkliche Ansicht des Volkes zur Geltung kommen — und daraus ist das Regierungsprojekt, das jetzt dem Bundesrate vorliegt, entstanden.

Die Freisinnigen brachten im Reichstage einen Antrag ein, der eine Neueinteilung der Wahlkreise verlangte, entsprechend den Verschiebungen der Bevölkerung, die seit dem Erlasse des Wahlgesetzes eingetreten sind.

Wenn Bülow dieser wichtigen Neuerung seine Zustimmung geben würde, könnte er nach den nächsten Wahlen die Vertreter der wirklichen Volksmehrheit im Reichstage begrüßen. Aber für eine solche Aenderung im Sinne der Gerechtigkeit ist ja kaum das Zentrum zu haben.

Getäuschte Hoffnungen! Mit diesen zwei Worten drückt die „Deutsche Tageszeitung“ aus, was sie angeht des Klotzgesetzes empfindet. Sie schließt ihre letzte Spalte über den Zickzackkurs der Regierung mit folgenden Worten:

„Daß der Weizen der Sozialdemokratie jetzt blüht, wie nie zuvor, kann niemand leugnen. Die Ernte wird sie bei den nächsten Wahlen sich erheben lassen. Wenn man die geschworene Gegnerin der monarchischen Verfassung so behandelt, wie sie von der gegenwärtigen Regierung behandelt wird, so wuch das Volk in seiner breiten Masse unflätig, unflätig und verwirrt werden. Manches, das den Weizen der Gassen zur vollen Blüte gebracht hat, ist ja nicht auf das Konto der Regierung als solcher zu schreiben; was wir ihr aber zum Vorwurf machen, das ist die tastende, unsichere Futonsequenz in der Behandlung der Sozialdemokratie. Für eine tüchtige, drauslos schlagende Scharfmacherpolitik sind wir niemals gewesen, wohl aber für eine Politik, die durch Schutz der schaffenden Stände, insbesondere des Mittelstandes, der Sozialdemokratie das Wasser abgibt und sie andererseits feigerichtig so behandelt, wie eine Partei zu behandeln ist, die zugestandenemmaßen an der festesten Grundlage der Verfassung ruht. Weder das eine noch das andere ist geschehen. Das Hinz- und Herpebeln zwischen Brüstern und Streichen ist die denkbar unglücklichste und unseligste Politik.“

Die Herren Junker sind also augenblicklich schlecht bei Laune.

Ecce ego — Erst komme ich!

Roman von Ernst v. Holzogen.

„Gott gebe, daß darin sobald keine Aenderung eintritt“, sagte der Major schalhaft. „Wo sollten denn unsere armen Junker sonst noch den Mut hernehmen, Leutnants zu werden?“

In diesem Augenblicke trat Herr von Meyern an Se. Erzellenz heran und klüfferte ihm die Bitte zu, seine Gattin zu Tische führen zu wollen. Es war eine gewisse Unruhe in die ganze Gesellschaft gekommen, sobald man bemerkte, daß der Hausherr mit dem Spannzettel unterwegs war. Jeder von den Herren hätte überaus gerne das Fräulein Schönbeck geführt und auch die Damen waren sehr begierig zu erfahren, welcher Kavaliere ihr zugeleitet werden würde, weil sie davon eine Bestätigung ihrer Vermutungen erwarteten.

Charlotte selbst wurde immer unruhiger, als sie zusehen mußte, wie alle Paare sich zusammenliefen und sie allein noch übrig blieb. Se. Erzellenz war mit der Frau des Hauses an ihr vorbeigezogen, der Herr Landgerichtsdirektor Ungewitter mit dem älteren der Fräuleins von Mayburg; Herr von Meyern mit Frau Ungewitter, ihr Bruder Heinrich mit Fräulein Karola von Klunenberg, der junge Graf hatte das niedliche Fräulein von Wichmann von ihrer Seite fortgeholt, der Herr Postkammerherr Hellhoff ebenso ihre Schwester Hedwig, der Afrika-Reisende kam mit so finsterner Miene, als sollte er ein peinliches Gericht abhalten über einen auffälligen Regimentskapitän, neben dem jüngeren Fräulein von Mayburg einher und zum Schluß kam der Major von Wichmann lachend mit je einem der beiden Mädchen an jedem Arm vorbeigehumpelt.

Da erst trat Aribert auf sie zu und sagte: „Sind Sie mir böse, mein gnädiges Fräulein? Sie sollten eigentlich den Major von Wichmann bekommen, welcher ohne Zweifel von der ganzen Gesellschaft der amüsanteste Tischgenosse ist. Aber denken Sie, er wollte durchaus die beiden kleinen Ungewitter haben. Nun müssen Sie schon mit mir vorlieb nehmen.“

Charlotte sah ihn ein wenig zweifelnd von der Seite an und dann sagte sie, indem sie leicht errödete: „Ich glaube wirklich, — daß der Herr Major sehr liebenswürdig ist.“

„Jedenfalls ist er ein Menschenkenner“, versetzte Aribert. „Sie glauben nicht, wie dankbar ich ihm bin, daß er mich die beiden Mädchen abgenommen hat.“ Und er drückte ihren Arm sichtlich an sich, bevor sie noch die Schwelle überschritten.

„Ich bitte Sie“, flüsterte Charlotte hastig. „Die Leute beobachten mich alle so. Sehen Sie mich nicht in Verlegenheit.“

Sie nahm als die letzten ihren Platz an der langen Tafel ein. Charlotte hatte den Afrika-Reisenden zu ihrer Rechten, Aribert zu ihrer Linken die ältere Cousine Mayburg.

Vor Genugthuung über die freundliche Wendung seines Schicksals erhellte sich Herr Schmidt's laffenbraunes Antlitz, als ob man plötzlich eine große Portion Milch dazu gegossen hätte, und er wandte sich sofort zu seiner Nachbarin in schwarzer Seide, mit der er noch kein Wort gesprochen hatte, ab, um mit weit aufgerissenen Augen seine Nachbarin in weißen Spitzen anzusehen.

„Wissen Sie, mein Fräulein, warum ich Sie vorhin immerfort anschauen mußte?“

„So? Ich habe nichts bemerkt“, versetzte Fräulein Schönbeck naiv.

„Ich habe Sie tatsächlich immerfort anschauen müssen“, betonte der kühne Reisende ein wenig gekränkt.

„Ach, das tut mir leid“, erwiderte Charlotte gekränkt, denn gleichzeitige hatte ihr Aribert mit verhaltener Leidenschaft zugestimmt.

„Sie sind so schön heute, so schön, — zum Hassen, — nehmen Sie roten oder weißen?“ Und sie bat, tief erglühend, um roten.

Herr Schmidt wollte sich aber nicht beirren lassen, denn er war ein Mann von Charakter; und mit einfach edlem Vortage, wie Diabolo vor dem hohen Rat von Benedig, lud er an zu erzählen:

„Als ich eines Abends in der Dämmerung an der Mauer des Serails des Sultan's Kutly-Hoffan in Fez entlang spazierte, — es war bei meinem ersten Einbruch in den dunklen Kontinent von Nordwesten her.“

„Ich bitte, Herr Doktor, wollen Sie nicht Ihre Nachbarin mit Wein versehen?“ unterbrach ihn Aribert rüchlichlos. „Meine Cousine verschmachtet.“

„Parдон“, sagte Herr Schmidt, indem er Aribert einen wahren Tierbänderblick zuwarf. Und dann schenkte er dem Fräulein von Mayburg, ohne lange zu fragen, um dem weißen ein, der gerade vor ihm stand.

Aribert benutzte die Gelegenheit, um Charlotte zuzumachen: „Ich habe die ganzen Tage über nur an Sie gedacht, Sie glauben nicht, wie ich mich nach diesem Abend gesehnt habe. Sagen Sie mir, bitte, haben Sie auch ein bißchen an mich gedacht? Und an das, was ich Ihnen an dem Abend sagte?“

Aber ehe sie noch etwas zu erwidern mußte, begann der Nachbar zur Rechten bereits in seiner höchst interessanten Erzählung fortzuführen:

„Da sah ich plötzlich an einem der vergitterten Fensterlöcher zwei Sterne aus tiefem Dunkel aufleuchten.“

„Entschuldigen Sie, daß ich Sie gestört habe“, fuhr Aribert laut beginnend. „Sie wollten eben erzählen, wo Sie zum ersten Male eingebrochen sind, wenn ich nicht irre.“

„Gunge der zunächst sitzenden Herrschaften hatten den Scherz aufgefingung und lachten laut darüber. Die Gespräche an diesem Ende der Tafel verstummten und aller Augen wandten sich Herrn

Schmidt zu. Der begnügte sich, Arbeit einen seiner schrecklichsten Biende zuzuwerten, da ihm keine wichtige Abfertigung für sein Volk einfallen wollte.

Fräulein von Mayburg sagte sich ein Herz und unterbrach das peinliche Stillschweigen durch einen schüchternen, kleinen Ausruf:

„Ach, Sie sind in Afrika gewesen? Das ist ja sehr interessant.“

„Ja wohl, mein gnädiges Fräulein, ich bin in Afrika gewesen“, versetzte Herr Schmidt mit steigender Entrüstung. „Das ist nämlich sozusagen mein Beruf.“

„Ach, da sind Sie wohl Missionär? Wie schön!“ sagte das Fräulein sehr langsam und freundlich.

„Ja wohl, ganz recht, bei den Menschenfressern“, knirschte der Forscher mit einem vernichtenden Blick auf das arme Fräulein.

„Gräßlich! Wie haben Sie denn das bloß ausgehalten? Da müssen Sie ja immer eine schreckliche Angst ausgestanden haben!“

„Ach Gott, Fräulein, ich war damals so mager, ich wiegte die sieben Feinden nicht. Ich stand mich sogar sehr gut mit ihnen. Ich war immer bei den vornehmsten Persönlichkeiten zum Dinner eingeladen.“

„Herrgott, Sie haben doch nicht — am Ende — mitgegangen?“

„Anfangs legte ich allerdings die gewöhnlichen Vorurteile der Europäer“, versetzte Herr Schmidt kühl, „aber nachdem ich erst einmal ein Stüdchen probiert hatte, — ich versichere Sie, es schmeckt delisat, besonders die Weichteile junger Damen unter zwanzig.“

Der Diener hatte schon eine ganze Minute lang mit einer dampfenden Schüssel hinter dem entsetzt laufenden Fräulein gestanden und bot ihr jetzt abermals an, indem er sie dabei nachsichtig am Arm streifte, um sie aufmerksam zu machen.

Schauernd wies sie die Schüssel zurück. „Nein, ich kann jetzt nichts mehr essen, um keinen Preis“, sagte sie matt und sah den Menschenfresser ganz verschüchert von der Seite an.

Die zunächst Sitzenden gaben sich alle Mühe, das Fräulein zu überzeugen, daß ihr Tischherr sich nur einen Spaß erlaubt habe. Der Appetit war und blieb ihr verdoeben und obwohl sie sich im weiteren Verlauf der Mahlzeit dazu aufraffte, sich ein wenig Obst und ein wenig Kompott auf ihren Teller zu tun, so verpöchte sie doch je einmal, wenn der schreckliche Mensch sie oder ihren Teller mit seinem hässlichen Blute strich, eine penunze Anwandlung von Uebelkeit.

Da Herr Schmidt nun einmal die Lachter auf seiner Seite hatte, so hielt er es für vorteilhaft, die romantische Geschichte von den stahlenden Augensteinen am Serailfenster unter den Tisch fallen zu lassen und statt dessen liest auch um Selbstschutz seiner schönen Nachbarin das dankbare Thema des Menschenfressers fortzuspinnen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Schutz des Wahlgeheimnisses — unsittlich.
 Ein reaktionäres Blatt hat aus den Werken Treitschke's eine Stelle ausgegraben, in der die Sicherung des Wahlgeheimnisses durch einen isolierten Raum als unsittlich hingestellt wird! Der Unsinn lautet wörtlich:

Der Wähler soll in eine Räucherlampe geben und dort seinen Zettel in einem vom Staate gelieferten Kuvert unterbringen. Was ist das für eine Zumutung an ehrenhafte Männer! Den männlichen Mut des Menschen gerührt solches Geheimnis vollständig, und der Staat ruft bei Millionen von Arbeitern, die sich abhängig fühlen, die Lüge künstlich hervor. Ein solches System ist einfach unsittlich, darüber läßt sich gar nicht streiten. Was jeder ehrliche Mann per se für die Verheimlichung ansetzt, das muß auf die Gemüthsdemoralisierung wirken. Aber in dieser Beziehung ist unser ausgeklärtes Jahrhundert so völlig borniert geworden, daß hier gar keine Hoffnung mehr bleibt. Wir ziehen uns ein Geschlecht heran, das nicht mehr einfach und richtig zu denken vermag. Die Folgen werden sich nur allzu oft und traurig offenbaren. Es sind das Fragen weit mehr sittlicher als politischer Natur."

Das es im höchsten Grade unsittlich ist, einen wirtschaftlich abhängigen Wähler durch die Kontrolle seines Wahlzettels zu vergewaltigen, indem man ihn zwingt, wider seine Ueberzeugung einen reaktionären Stimmzettel abzugeben, das nicht einzufehen, erscheint uns ungleich "bornierter", als der aus sittlichen Gründen bringend notwendige Schutz des wirtschaftlich Schwachen gegen seine Vergewaltiger.

In der letzten Abend Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde zunächst das Extraordinarium des Staats der landwirtschaftlichen Verwaltung erörtert. Dabei wurde von konservativer Seite die baldige Regelung der unteren Oder gefordert. Der Minister v. Bobbelski erklärte, daß die Frage mit der Wasserwirtschaftlichen Vorlage zusammenhänge, daß aber auch von den Anliegern sich Bedenken gegen das auszuarbeitete Projekt geltend gemacht hätten. Die Konservativen verlangten hierzu, daß die Regulierungsarbeiten ohne Rücksicht auf die wasserwirtschaftliche Vorlage zur Ausführung kommen sollten, während von anderer Seite die Notwendigkeit der baldigen Wiedervorlage der ganzen wasserwirtschaftlichen Vorlage hervorgehoben wurde. Die Erklärung des Ministers, die Regierung stehe auch heute noch auf dem Standpunkte, daß es notwendig sei, mit dem Ausbau der Wasserstraßen möglichst bald vorzugehen, wurde von den Kommissionsmitgliedern der Rechten mit Heftigkeit aufgenommen.

Mit dem Abg. v. Kardorff ist die "Deutsche Tageszeitung" unzufrieden wegen der Art, wie er am Mittwoch im Abgeordnetenhause eine Erörterung des Kampfes um den Sozialprovisorium hat. Schon im Reichstag habe Abg. v. Kardorff ergorene Volkstücker als grün bezeichnet, am Mittwoch habe er im Abgeordnetenhause die Politik des Bundes der Landwirte als kindisch bezeichnet. Wenn er auch in beiden Fällen erklärt habe, daß die Meinungen ihm einschlägig seien, müsse man doch von einem Politiker, "der sich seiner reichen Erfahrung immer rühmt", erwarten, daß er Entgegnungen vermehde, die er nachher wieder behaupten muß.

Die bayerische Zentrumspartei hat am Dienstag einen Delegiertentag in München abgehalten, der von vierundzwanzig Delegierten besucht war. Als zu der Frage der Schaffung eines Parteisekretariats Abgeordneter Dr. Schäfer das Wort nahm, wurde ihm eine stürmische Debatte in Betreff des Rednerpuls bereitet. Er erwiderte: Ich accepriere den Dank für meine Rede. Darauf folgte stürmischer Beifall, Hochrufe und Händeklatschen, das länger andauerte.

Der Verein der Konservativen in Danzig hat beschlossen, mit Rücksicht auf die kurze Dauer des Landtagsmandats den konservativen Wählern obliegende Stimmenthaltung sowohl für die Urwahl, als auch für die Ergänzung zu empfehlen. — Hlankowitz hat in Danzig noch die Ergänzung für das durch Kückens Tod erledigte Landtagsmandat für den Stadt- und Landkreis Danzig statzufinden.

Der rote Adler-Orden 3. Klasse ist am Geburtstag des Kaisers dem Fürsten zu Schönburg-Waldenburg zu Bonn verliehen worden. Dieser Fürst ist, wie wir in Ergänzung dieser Nachricht mitteilen wollen, ein junger Mann von zwanzig Jahren, der durch den frühzeitigen Tod seines Vaters schon im Alter von sechs Jahren in den Besitz des Fürstentums und der Besitzungen seiner Familie kam und gegenwärtig bei der Universitäts in Bonn als Studienjunge immatrikuliert ist. Er gehört dem Corps Borussia als Korporal an.

Der Fall, daß außer dem Prinzen von Gebüt ein junger Mann von 20 Jahren einen Orden erhält, gehört immerhin zu den Seltenheiten. Es müssen besondere Leistungen des jungen Fürsten

vorliegen, die ihm den Orden eingetragen haben. Vielleicht erzählt man etwas darüber demnächst aus den rheinischen Blättern.

Umwandlung der Krupp'schen Werke in eine Aktiengesellschaft. Die Witwe des verstorbenen Geheimrat Krupp hat an die Angehörigen der Firma Friedrich Krupp eine Veranlassung erlassen, worin die Umwandlung der Fabrik in eine Aktiengesellschaft angekündigt wird, mit der Maßgabe, daß die Tochter des Hauses zunächst Inhaberin sämtlicher Aktien bleibt.

Zusland.

Ein Zwischenfall im Parlament. Während der Mittwochs-Sitzung der Kammer ereignete sich in den Wandelgängen des Hauses ein Zwischenfall. Als der sozialistische Deputy Cadenat dort dem Deputy v. Opatowitz begegnete, warf er diesem in bester Weise vor, daß er sich über den Verlauf seines Wortwechsels mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten in absprechender Weise geäußert habe und sich ihm dann mit den Nägeln in das Gesicht. Die Quisquiers mußten Cadenat hinausführen. (Zit. französisch!)

Deutscher Reichstag.

246. Sitzung, Donnerstag, 29. Januar, 1 Uhr.
 Am Bundesratspräsident: Graf v. Poladovsky.
 Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des Präsidenten.

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Von 285 Abgeordneten abgegebenen Stimmen lauten 193 auf den Namen des Abg. Grafen v. Ballestrem, 89 Stimmen auf den Namen des Abg. Ahlwardt (Heiterkeit).

Vizepräsident Graf Stoiber: Ich werde den zum Präsidenten gewählten Grafen v. Ballestrem, der jetzt im Reichstage nicht anwesend ist, fragen, ob er die Wahl annimmt, und werde darauf noch im Laufe der Sitzung zurückkommen.

Die zwischen dem Reich, Italien und der Schweiz geschlossenen Abkommen bet. den gegenseitigen Patent-, Marken- und Markenrechts werden in erster und zweiter Beratung ohne wesentliche Debatte genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betr.

Phosphorabwässer.

Staatssekretär Graf Besadowitz: Es ist im Reichstage wiederholt angeregt worden, die Herstellung und den Vertrieb von Phosphorabwässern mit gelbem Phosphor ganz zu verbieten. Im Interesse der Streichholzindustrie hat man aber bisher davon abgesehen. Auch in den belgischsten Fabriken sind schwere Fälle von Melrose vorgekommen trotz aller Vorkehrungsmaßregeln. Bisher war es nicht möglich, daß wir in Deutschland bei dem Mangel an hartem Nadelholz nach Art des schwedischen phosphorierten Streichholzes wie die schwedischen Fabriken vorgehen. Neuerdings hat uns indessen ein Unternehmer das Patent eines Händholzes vorgelegt, das allen Anforderungen genügt, so daß wir daher erörtern und den Händholzfabrikanten ohne Entschädigung zur Verfügung stellen wollen. — Ich hoffe, der Reichstag wird einstimmig die Vorlage annehmen. Der Entschädigungsanspruch der Fabrikanten konnte nicht anerkannt werden; sollten wir für alle den Unternehmern ausgesetzten sozialpolitischen Lasten Entschädigung gewähren, so wären wir außer Stande, Leben und Gesundheit unserer Arbeiter zu schützen.

Abg. Dr. Gubemann (natl.): Der Gesetzesentwurf bedeutet einen ungeheuren Eingriff in eine blühende Industrie, wenn er auch vom hygienischen Standpunkt aus zweifellos zu begründen ist. Durch den beantragten Ueberweisung an eine Untersuchungskommission.

Vizepräsident Graf Stoiber: Die Verhandlungen mit der Delegation, daß Graf Ballestrem im Hause anwesend sei, und richtet an ihn die Frage, ob er die auf ihn gefallene Wahl zum Präsidenten annehme.

Abg. Graf Ballestrem: Die große Mehrheit des Hauses hat mir ihr unerschütterliches Vertrauen dokumentiert. Ich spreche Ihnen dafür meinen tiefgefühlten Dank aus, nehme das mir von Ihnen übertragene Amt an (lebh. Bravo! v. d. Mehrheit) und werde es nach wie vor nach bestem Wissen und Gewissen zu handhaben bemüht sein.

Abg. Dr. Müller-Meynig (freil. Sp.) äußert sich unter Anerkennung der Tatsache, daß die Phosphorabwässer schwer zu ertragen ist, Bedenken gegen die Vorlage, die geeignet sei, ganze Gebiete zu schädigen. Die Herren von der äußersten Linken, wie z. B. Herr Reindanz, sollten sich doch überlegen, ob es angebracht ist, die gesamte schwebende Gebiete durch ein so schroffes Vorgehen zu schädigen. Diesen blutarmen Gebieten wird besser durch eine Eisenbahn geholfen. Redner schlägt sich dem Antrag Gubemann auf eine Ueberweisung an eine Kommission an. (Beifall bei der fernjünglichen Sp.)

Abg. Schuster (zent.) schlägt sich dem Vorfahren, die Vorlage einer Kommission zu überweisen, an: Es kommt darauf an, ob die Regierung wirklich im Sinne einer Handhabung sei, die zum Erfolg führen kann.

Abg. Wurm (Soz.): Auch wir sind für Ueberweisung an eine Kommission und hoffen, daß die von uns beantragte als zweck-

entsprechend erweisen möge. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß gesundes heilsschädliche Industrien ohne Rücksicht auf eventuelle Schädigung der Fabrikanten verboten werden müssen. Die offizielle Statistik genügt keineswegs, sie führt nur einen Teil der Erkrankungen an Phosphorabwässern auf; der größte Teil entgeht der öffentlichen Kenntnis, weil die Kranken nur in den betreffenden Betrieben beschäftigt sind. Das Vorgehen der Regierung, ihre Bemühung um eine Ersatzstoffe, ist sehr zu erlösend, es wäre nur zu wünschen, daß sie liberall die gleiche Energie entwickelt, wo es sich um Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt. In der Phosphorindustrie herrscht ein furchtbares Elend; es ist keine Seltenheit, daß den dort beschäftigten Jünglingen und Mädchen mit 21 Jahren Nase und Unterlippen weggefressen und das Gesicht vollständig entstellt ist. Prinzipiell müssen wir es ablehnen den Fabrikanten und selbst den Arbeitern eine Entschädigung zu gewähren; wird die Entschädigung zum Prinzip erhoben, so ist überhaupt keine Sozialpolitik möglich. — Die Karezzeit von 1905/06, die die Regierung vorschlägt, ist zu ausgedehnt namentlich wenn das neue Verfahren sich bewährt. Ich hoffe, daß es gelingen wird, in der Kommission die Karezzeit möglichst abzukürzen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Wurm (Soz.): Weniger noch die Zahl der Fälle als der schreckliche Verlauf der Krankheit bei der Phosphorabwässer verursachen uns, dem Verbot der Phosphorabwässer zu treten, wie es in den Niederlanden und der Schweiz bereits ausgeprochen ist.

Abg. Dr. Wiemer (freil. Volksp.) behauptet, daß die Phosphorabwässer in großen Fabriken weniger auftreten, als in der Hausindustrie, und hält eine billige Entschädigung für anbracht.

Abg. Reihhaus (Soz.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Wurm an und stimmt dem Abg. Dr. Müller-Meynig darin bei, daß die Unterflutung des Meinzener Oberlandes und seiner armen Bevölkerung durch Förderung des sehr im Argen liegenden Eisenbahnwesens sehr zu wünschen sei.

Damit schließt die Beratung. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben.

§ 1 beschränkt die Anwendung der in den folgenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen auf die in gewerblichen Betrieben beschäftigten fremden (SS 4-11) und eigenen (SS 12-16) Kinder.

Die Abg. Wandert und Gen. (Soz.) beantragen 1. Ausdehnung der Bestimmungen auch auf die in der Landwirtschaft und im Gieß- und Metallhandwerk beschäftigten Kinder; 2. Befreiung des Unterrichts zwischen fremden und eigenen Kindern.

Abg. Camp (Nat.) hält die bei der ersten Lesung abgegebenen Erklärungen, daß zwei Behauptungen des Lehrers Agabid in dem Buch über ländliche Kinderarbeit als frivoles Verleumdungen zu bezeichnen seien, aufrecht und beruft sich auf die Urteile der Geisteslichen und Kreis- und Kreisinspektoren, von denen das Buch Agabids als übertriebene Entstellung bezeichnet worden sei. Ein Pfarrer hat in einem Briefe den Beruf eines Hütejungen als die höchste und gesundeste Beschäftigung bezeichnet. Die Kinder lernen auf die Weise schon früh die eigenartige Poetik des Landlebens. (Güterl. links. Zitat v. d. Soz.) Ich finde für Ihre Zwecke keinen parlamentarischen Ausdruck und unparlamentarische Ausdrücke will ich nicht gebrauchen. (Erneute Zurufe v. d. Soz.) Vizepräsident Graf Stoiber bittet, den Redner nicht zu unterbrechen. Sollten wirklich Wahrscheinlichkeiten vorhanden sein, so kann auch im Wege der Verordnung eingeschritten werden. Zur Ausdehnung dieses Gesetzes auf ländliche Kinderarbeit liegt kein Grund vor. (Beifall rechts.)

Abg. Wurm (Soz.): Wenn Herr Camp gegenüber den Gewerksmännern Agabids den Vorwurf der Verleumdung erhebt, so hat er damit die evangelische Geistlichkeit der Provinz Brandenburg der Verleumdung geziehen. Ueber die Zustände in Oberhessen hat ein dortiger Landpfarrer in der "Frankfurter Zeitung" Angaben gemacht; wenn ich sie hier wiederhole, wird Herr Camp, wie ich hoffe, nicht wieder als Zwischenräger von Verleumdungen bezeichnen. Der Pfarrer sagt, man möcht ein Kind, wenn man die müden, abgekauerten Kinder schon in den ersten Schulstunden mit ansehen muß. Die förmlichen Verhältnisse in den Schlafstuben dieser Kinder seien so, daß in ihnen jedes Schampferl erstickt werden muß. Ähnlich berichtet das "Hamburger Fremdenblatt" aus der sächsischen Schleswig.

Obwohl wir die schnelle Verabschiedung des Gesetzes wünschen, haben wir unsere Anträge betr. Ausdehnung des Gesetzes auf die in der Landwirtschaft und im Gieß- und Metallhandwerk beschäftigten Kinder wieder eingebracht. Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder ist sehr groß und auch sie haben ein Recht darauf, als Menschen behandelt zu werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) An den guten Glauben des Pfarrers des Herrn Camp glaube ich ja; aber die Schulinspektoren, die Pfarrer die mit offenen Augen durch das Land gehen, bezweigen, daß die Ausdehnung der Kinder auf dem Lande ebenso schlimm ist, wie

Aus aller Welt.

Der Jüngling mit dem Honigtaub. Ein neuer Schwindel ist von einem 18-20jährigen Burichen in Charlottenburg mehrfach mit Erfolg verübt worden. Er klingelt bei irgend einem Mieter in einem Hause und bittet dann, für einen Miethesitzer einen Topf mit Honig anzusetzen und den Preis in Höhe von 4 Mark dafür bezahlen zu wollen. Der Honig ist bestellt, der Empfänger aber leidet nicht zu Hause. Aus nachlässiger Gefälligkeit läßt sich mancher bestimmen, den Honig zu übernehmen und zu bezahlen. In seinem Schaden erklärt er dann, daß er einen Schwindler in die Hände gefallen ist, denn der Topf enthält nur Honigtaub im Werte von höchstens 1 Mark. Man ist jedoch, der "Ch. Tagesztg." zufolge, dem Gauner bereits am der Sonn.

Zur Warnung. Ein besagtes Unheil ereignete sich am Sonntag Abend nach 9 Uhr auf der Hebelberg-Was oder elektrischen Bahn zwischen Neumarkt und Hebelberg. Ein unvorsichtiger Student aus Hebelberg, Ernst Weipers aus Hannover, Mitglied der Burschenschaft "Altenmanna", sprang während der Fahrt aus dem zweiten Wagen ab und verlor, in dem vorübergehenden Augenblicke, die Hand an dem Fuß der Weipers, wobei er beide Hände unterhalb der Arme abgetrieben wurden. Der Beamte wurde, wie die "Sächs. R." mitteilt, in das abendliche Krankenhaus gebracht, und man hofft, daß er wenigstens mit dem Leben davonkommt.

Zur sächsischen Affäre. Das "Dresdner Journal" veröffentlicht eine königliche Verordnung vom 14. Januar, welche besagt, nachdem die Kronprinzessin Luise am 9. Januar auf alle Rechte, die ihr auf Grund ihrer Stellung als Kronprinzessin von Sachsen bisher zugestanden haben, in freiwilliger Weise für immer verzichtet; hat, stelle die Königin Luise ihre Genehmigung und erläßt demnach hat der am 14. des Jahres 1893 vom 30. Dezember 1894 gültigen Erbvertrage, daß die Kronprinzessin aus allen in der Ehe begründeten Rechten, Titeln und Würden aus dem Hause der Wettiner ausgestrichen ist. Auf Wunsch, 11. Februar, sind die Verhandlungen des Erbvertrages beendet worden.

Der Wieserbau. Der vor einigen Wochen in Hamburg zwei Tanten durch Mordtat in den Niederlanden verurteilt, wird jetzt in Altona ins Laufen. Königlich hat sich der Anwalt zwei Wochen lang mit dem Besatz der kaiserlichen Schiffe am der beiden Frauen befinden, zu seinen Opfern anzuwenden. Er verzichtete über nachgelassenen Schließung der Tanten, nachdem er das Mädchen überredet hatte, auf offener Straße öffentlich mit einem hochachtbaren Polizeibeamten in den Niederlanden; bald darauf verurteilte er die achtjährige Schülerin bei auf die Tante. Die Schülerin wurde bei der Verurteilung bei beiden nicht lebendig gelassen. Die Kriminalpolizei nahm den Verurteilten wegen dringenden Verdachts fest. Beide war in Altona in Geisung, als zwei Studenten an der

Verurteilung waren. Der Verurteilte wurde von einem der Opfer verletzt. Das er aber der Verurteilte wirklich ist, bestätigt sich nicht. Denn in der Nacht nach dem Tode in Altona die Leiche einer etwa 35 Jahre alten Fremden mit zusammengewundenen Füßen unter den Händen aufgefunden, die mit Bestimmtheit auf einen Lastwagen zu führen lassen.

Im dem großen Talismanerprozess, der seit acht Tagen des Kölner Schwurgerichtes beschäftigt und zu dem etwa 150 Fragen gestellt waren, erlöste, wie gemeldet wird, der Hauptangeklagte Gabriel Kunzweiler von der Düsseldorf-er Akademie, wegen Verurteilung solcher Talismanerzeichen nicht Redere in der Verhandlung, wie Jahre Erörtern und Stellung zum Talismaner. Die gleiche Sache auf den schwebigsten August 1900; er wurde als Schuldiger an dem Verbrechen; sein Sohn wurde wegen Verdacht auf Verbrechen des Todes und ein Rechtsanwalt mit drei Jahren Gefängnis wegen Verurteilung von Talismanen bedacht.

Ein geheimnisvoller Mord ist in Bremen auf dem Fährweg der letzten Momente an dem Fremdenperson begangen worden; man kennt bis heute weder den Mörder noch sein Opfer. Als letzter Tage mehrere Personen im Bremer Walde spazieren gingen, bemerkten sie in einem Uferbüschel einen Hund, der in ganz ungewöhnlicher Weise die Erde aufwühlte und dabei laut miaulete und heulte. Als sie sich dorthin begaben, haben sie einen von dem Hund beherrschten Menschen gefunden. Ein Kranz darauf die Erde und der Hund weiter auf und lehrte dann auf einen gewissen Ort. In dem ibern brandstifteten Waldort ereignete sofort mit einigen Minuten, die darauf hin auf einen Hund, in Bewegung übergegangen. Die Leiche wurde gefunden. Auch die Leiche wurde fortwährend vermisst. Nach Schätzung des Arztes kann die Person 20 bis 35 Jahre alt gewesen sein und ist mindestens sechs Wochen in der Erde liegen. Das ein Verbrechen vorliegt, scheint außer allem Zweifel.

Der Unglück verurteilt. Die gemeldet wird, geriet in Göttingen ein in der Familie des Landrats Hagedorn befindliches Mädchen so unglücklich in eine Drehmaschine, daß sie sofort starb. Der gemetzte Frau ist in der Drehmaschine vom Schutze brennend worden. Erst nachdem der letzte Sohn auf unachtsamste Weise geübt war, wurde die 18-jährige Tochter aus dem Leben gerettet. Unmittelbar danach ging der gemetzte Hof in Flamme auf, so daß Hagedorn schwer verletzt wurde.

Ein tödlicher Scherenschnitt. Der Redner eines Knechts in Galtbach (Saarbr.), der sich allein zu Hause befand, erhielt letzte Woche einen ungewöhnlichen Besuch in Gestalt eines Fremden mit schwarzem Bart. In ein Knecht am Fenster, in der Meinung, es wäre ihr Mann, sah er dem Fremden Befehl mit dem Worten: Unter der Hand hat der Scherenschnitt, denn! Der Fremde betrat sofort den Raum und trat mit drei Worten an das Bett der geschlagenen Frau: 'Sich's Sch' brand oder ich

schneide dich tot! Die Frau übergab ihm den Kassenschlüssel und der Räuber legte seinen geladenen Revolver auf das Bett der Frau. Während der Zeit an der Arbeit war, schob die kranke Frau mit dem Revolver den fremden Eindringling nieder. Die Nachbarn lenke, welche den Schuß gehört hatten, eilten herbei und entdeckten in der Leiche des vermeintlichen Mannes die Ehegatte des Todes.

Ueber die Eisenbahnkatastrophe bei Graceland in New Jersey werden jetzt nähere Einzelheiten mitgeteilt, die das Ereignis in einem noch argeren Lichte erscheinen lassen. Die Zahl der Toten beträgt 30, die der Schwerverletzten über 50 Personen.

Ueber die Ursache des Zusammenstoßes wird bekannt: Der von New-York abgegangene Schnellzug einer in Verbindung mit der Jersey-Zentralbahn betriebenen Linie, der eine Fahrgeschwindigkeit von hundert Kilometer in der Stunde hat, rann in den einen Viertelstunde vorher abgegangenen Lokalzug hinein. Letzterer sollte auf ein Seitengleise gebracht werden, um die Vorfahrt des Schnellzuges abzuwarten, konnte indessen dort nicht einfahren, da ein verspäteter Fahren ihn hinderte. Der Führer des Schnellzuges beachtete das Haltsignal nicht. Der bei dem Zusammenstoß demolierte Lokalzug verbrannte. Manche Reisende waren in den Trümmern ein geklemmt und verbrannten bei lebendigem Leibe. Das Rettungswesen konnte erst im Laufe der Zeit beginnen, nachdem die Flammen notwendig gelöscht waren. Manchen Verunglückten mußte man Arme oder Beine abhauen, um sie aus den Trümmern zu befreien und das Leben retten zu können. Mehrere talen unsicherer Stimme, daß man sie icht möge, da ihre Leiden unsäglich wären. Raubgelfindel plünderte die Toten und Verwundeten und mußte von den Passagieren mit Revolver bestraft werden. Der Wachmenseiter des Zuges erlag seinen Verletzungen; er gelang vor seinem Tode, daß er das Warnungssignal unbeachtet gelassen hatte.

Zwischen wir schon wieder ein schweres Eisenbahnunglück aus Nordamerika gemeldet: Mittwochs früh fünfzehn Meilen südlich von Tucson (Arizona) zwei Personen zu demselben Eisenwagen getreten in Brand; unter den Trümmern wurden 8 Leichen gefunden, 17 Personen, die Verletzungen erlitten haben, wurden nach Tucson gebracht.

Ein Gewinn als Lotteriegewinn. Auf einen originalen Einfall, um zu einer neuen Frau zu kommen, ist kürzlich ein amerikanischer Farmer in New-Jersey verfallen, der seine erste Frau durch den Tod verloren hatte. Er o gaußierte einfach eine Lotterie, in der er selbst das große Los sein wollte, indem er sich verpflichtete, die Gewinnerin zu heiraten. 711 Billets wurden auch glücklich abgesetzt. Es kam jedoch ein großes Bedenken. Unter den Billetkäufern befanden sich auch Kegerrinnen, von denen jede entschlossen ist, falls ihr Los gezogen wird, auf ihre Rechte zu bestehen. Die Nachbarn der Farmers aber haben erklärt, daß sie ihn unterstützen würden, wenn er jemals ein Heiratsversprechen würde.

in der Stadt. Ein Sanitätsrat in der Grauburger Gegend berichtet, daß ihm die Väter durch ihre schlechte Körperbeschaffenheit vor allen anderen Kindern auffallen. (Hört, hört bei den Soz.) Ärzte und Lehrer, berichtet derselbe Gewährsmann, seien einmütig gegen diese Kinderbeschäftigung; daß dieselbe von den Unternehmern hart bevoorzugt wird, liegt daran, daß dieselben billige und willige Arbeitskräfte haben wollen, zum Ersatz für die erwachsenen Arbeiter, die sie durch niedrige Löhne und schlechte Behandlung verjagen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß Kibbenziehen und Kartoffelhacken trotz der entgegenstehenden Behauptung des Grafen Poladowsky weder leichte noch gesundheitsförderliche Arbeiten sind, hat der deutsche Handelstag nachgewiesen. Aber freilich: alle Autoritäten sind Jhnen (nach rechts) null und nichtig, wenn deren Urteil Jhnen nicht in den Kram paßt.

Professor Dr. Hoppe berichtet, daß die Gutbesitzer im Reinerwerbgebiet Gumbinnen die energische Bekämpfung der Graublosen nicht mitmachen wollten, weil damit die Kinder eine Beihilfe von der Arbeit ferngehalten würden. (Hört, hört bei den Soz.) Das beweist, was für ein Geist bei den Gutbesitzern herrscht. Nun kommen Sie mit Ihrem alten Einwand, der Erwerb der Eltern werde verkümmert. Gemäß! Aber die soziale Gesetzgebung muß fortschreiten ohne Rücksicht darauf, daß vielleicht durch den Mißbrauch, der heute mit der Kinderarbeit geübt wird, einige Eltern geringe Vorteile haben. Eine ganze Reihe von Invaliden, die ihren Beruf aus irgend welchen Gründen nicht mehr erfüllen können, würden auf dem Lande leicht Beschäftigung finden, wenn ihnen die Kinderarbeit nicht solche Konkurrenz machte. Die Gesetzgebung muß auch die Kinder vor den eigenen Eltern schützen. Denn Ihre famose Wirtschaftsordnung hat ja mit ihrem Kampf aller gegen alle auch den Kampf der Eltern gegen die eigenen Kinder zur Folge. Wir wollen die Kinder gegen alle Ausbeutung und Verelendung schützen, nehmen Sie deshalb unsere Anträge an. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Zwick (fr. Vp.): Nach den vorliegenden Berichten haben wir allen Anlaß, der Beschäftigung der Kinder in den landwirtschaftlichen Betrieben entgegenzutreten. Vor allem die Kinderarbeit auf dem Großgrundbesitz muß eingeschränkt werden, während die Kinderbeschäftigung auf den kleinen Gütern...

Ich glaube aber, daß wir erst das vorliegende Gesetz verabschieden sollen, um hoffentlich in kurzer Zeit ein besonderes Gesetz über den Schutz der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder vorgelegt zu erhalten. Ich werde für den Antrag Bundesstimmen, möchte aber dadurch keineswegs das Zustandekommen des vorliegenden Gesetzes gefährden. Ich erwarte, daß die Regierung dem Wunsche des Kinderschutzes möglichst bald den Schlußstein einfüge. (Bravo! links.)

Abg. Rösche-Deffau (fr. Vp.): Trotzdem ich dem Antrag Bundesrat sehr sympathisch gegenüberstehe, werde ich nicht für ihn stimmen, weil das Gesetz mit diesem Antrag nicht die Zustimmung der Mehrheit und des Bundesrats finden würde. Trotz aller schlimmen Mißstände müssen wir uns mit dem Erreichbaren begnügen. Aus Mangel an Mannschaften wird berichtet, daß unter 6 Jahre alte Kinder zum Pflücken des Hopfens verwandt werden. Diese Beschäftigung dauert vom frühesten Morgen bis in die Nacht hinein. (Hört! hört! links.) Auch in bezug auf die Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Kindern müssen wir uns mit dem begnügen, was die Kommission beschlossen hat. In dieser Beziehung sind ja auch einige Verbesserungen erreicht worden.

Darauf verlag sich das Haus.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Voleninterpellation und Fortsetzung der heutigen Beratung.)
Schluß 6 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten hat am Sonntag Genosse Redakteur Robert Schmidt vom „Vorwärts“ die Strafanstalt Plöbensee verlassen. Die hohe Strafe war seiner Zeit in der bekannten Hunnenbier-Affäre verhängt worden. Eine zahlreiche Menge von Genossen und Genossinnen holten den Entlassenen ab. Im Gewerkschaftshaus wurde dann eine Feier zu Ehren des Genossen Schmidt veranstaltet, an der sich Wahlkreis, Redaktion des „Vorwärts“, Parteivorstand und viele Genossen aus dem 5. Berliner Wahlkreis beteiligten.

Arbeiterbewegung.

Ueber einen Transportarbeiterstreik in Amsterdam wissen bürgerliche Blätter zu melden: Vor einiger Zeit traten die Arbeiter einiger Transportgesellschaften in den Niederlanden, wodurch in dem Gütertransport Schwierigkeiten entstanden. Heute sind 300 Arbeiter und Maschinisten der holländischen Eisenbahngesellschaft, die bei dem Güterverkehr beschäftigt waren, gleichfalls in den Ausstand getreten, so daß der Gütertransport eingestellt werden mußte. Eine Abteilung Marineinfanterie ist an Ort und Stelle angekommen. Man glaubt, daß der Ausstand auch unter den Arbeitern der Staatsbahn ausbrechen werde. Heute Morgen kam es bei Schellingwoude zwischen Arbeitern, die von Amsterdam kamen und anderen Arbeitern, die in Dürgerdam wohnten, des Ausstandes wegen zu einem Zusammenstoß, wobei mehrere Personen, darunter einige schwer, verwundet wurden.

Das „Handelsblatt“ veröffentlicht ein Telegramm aus Arnheim, wonach die gesamte Gendarmenbrigade telephonisch wegen des Ausstandes in Amsterdam dorthin beordert wurde.

Lehales und Provinzielles.

Breslau, den 30. Januar.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Einführung des neugewählten zweiten Bürgermeisters, bisherigen Stadtrats Jaenicke, war besonders feierlich gestaltet. Hatte man doch sogar den Treppenaufgang, den Sitzungssaal und den Bürgermeisterplatz mit Blumen und Lorbeerbäumen prächtig geschmückt. Und feierlich war auch die Ansprache des Oberbürgermeisters an seinen neuen Stellvertreter, der dieselbe sehr bescheiden damit beantwortete, daß er als sein zukünftiges Programm — Oberbürgermeister Bender bezeichnete.

Wider Erwarten war die Debatte über das neue Statut der Spardasse sehr kurz. Man wollte sich die Reden verständigerweise für den Ausschuss aufsparen, womit die große Mehrheit der Versammlung offenbar sehr einverstanden war. Lange wurde dagegen über die Vernachlässigung der Obervorstadt diskutiert. Einige Vertreter dieses Stadtteils wollen, daß der Schießwerverplatz und der Hofplatz hübsch hergerichtet werden, wie das bei den Plätzen in anderen Stadtteilen ebenfalls geschehen sei. Der Oberbürgermeister bestreitet, daß für die Obervorstadt weniger geschehe wie für andere Vorstädte. Wir wollen diese Frage, die besonderes Interesse wohl nur für eine Anzahl Hausbesitzer hat, hier nicht weiter erörtern.

Recht schnell war die Versammlung dagegen mit dem Debattenluß bei der Hand, als es sich um die alle Reichs- und Landtagswähler interessierende Frage handelte, ob auch in der Folge, wie das seit Jahrzehnten Brauch, die Bekanntmachung der Reichstagswahlbezirke in den hiesigen Zeitungen auf ihr Verlangen als Beilage kostenlos und gegen Erstattung der Einlagegebühr gegeben werden soll. Der Magistrat hat diesen Wunsch der Versammlung abgelehnt, er

will wenigstens die Einlagegebühr nicht bezahlen und schließt da allerlei künstlich konstruierte Bedenken vor. Nach ihm ist das Gemeindeblatt allein zu solchen, wie allen übrigen gemeindefinanziellen Befanntmachungen gegründet. Stadtvorordn. Bruhns wies den Herren schlagend nach, daß bei der Beratung der Vorlage betr. Gründung des Gemeindeblattes von allen Seiten betont wurde, daß Sachen von allgemeinem Interesse auch fürherhin durch die Tagespresse bekannt gemacht werden sollten. Der Oberbürgermeister habe dem schweigend zugestimmt, jetzt aber sähe man, daß die Versammlung gekauft wurde. Der Redner stellte fest, daß das jetzige Vorgehen des Magistrats wichtige und allgemeine Interessen erheblich schädige. Der Herr Oberbürgermeister konnte auf diese Darlegungen etwas Stichthaltiges nicht erwidern, die Versammlung aber nahm den Schluß der Debatte an und schnitt damit mehreren Rednern das Wort ab, die sich die „juristischen Bedenken“ des Magistrats noch näher ansehen wollten. Man lehnte den Antrag Heilberg auf nochmalige Ausschußberatung ab und nahm den Ratensrüber vom Magistrat, der der Versammlung gesagt hatte, sie habe in der Sache überhaupt nichts zu sagen, gehorfolamt „zur Kenntnis“.

Die sonst ziemlich bedeutungslose Wahl eines Mitgliedes des Wahl- und Verfassungsausschusses gewann gestern durch die begleitenden Umstände an Interesse. An Stelle des ausgeschiedenen Herrn Porisch wollte die „Freie Vereinigung“ der Konservativ-Klerikalen den neugewählten Stadtverordneten Reuder, der als der neue Führer der Herren im Stadtparlament gilt, in seinen Ausschuss wählen. Die liberale Mehrheit wollte aber einen anderen Kandidaten von der Freier Vereinigung, weil der vorgeschlagene der unferes Erachtens recht willkürlich und unberechtigt aufgestellten alten Bedingung, seit wenigstens einem Jahre Mitglied der Versammlung zu sein, noch nicht genügt. Da die Freie Vereinigung es ablehnte, einen anderen Kandidaten zu nennen, benutzten die Liberalen ihre noch vorhandene Mehrheit, nunmehr einen der Ihrigen zu wählen. Mit 51 Stimmen trug der liberale Stadtv. Baumeister den „Sieg“ davon über den konservativen Dr. Reuder, der nur 39 Stimmen erhielt. Das „Einvernehmen“ über die Besetzung der verschiedenen Posten ist also gestört und bald wird der Kampf bei anderen Wahlen gar heiß entbrennen — wenn man sich nicht inzwischen wieder „einigt“.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Oberbürgermeister Dr. Bender den neugewählten zweiten Bürgermeister Jaenicke mit einer Ansprache in sein Amt ein, welche Ansprache letzterer mit einigen Worten erwidert. Nach Mitteilung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wird in die Tagesordnung eingetreten. Es wurden ohne Debatte angenommen die Vorlagen, betreffend anderweite Einteilung der Medizinal- u. Armenbezirke, Nutzung des Pöhl'schen Grundstücks in Zimpel, Abholzungsarbeiten im Scheitwiger Park. Abgelehnt wurde der Antrag auf Ankauf eines Feldgrundstücks an der Mochberner Grenze. An die betreffenden Ausschüsse gingen Fluchtlinienplan für die Obervorstadt, Satzungen der Sparskaffe, Reparatur der Ufermauer am alten Schlaakthof, Fluchtlinienplan für den öffentlichen Fußweg entlang der alten Oder.

Die geplante gärtnerische Anlage des Dreieckplatzes an der Vincenzstraße giebt dem Referenten, Stadtv. Ratsch, Gelegenheit, den wenig zufriedenstellenden Zustand des Hof- und Schießwerverplatzes der Aufmerksamkeit des Magistrats zu empfehlen. Oberbürgermeister Dr. Bender wünscht, daß man doch dem Magistrat mit etwas mehr Vertrauen entgegenkomme. Er wünscht, daß für die anderen Vorstädte so viel getan wäre, wie für die Obervorstadt. Eine Vorlage des Magistrats für Herstellung des Hofplatzes im Betrage von 10,000 Mark sei von den Anwohnern zu Fall gebracht worden. Der Schießwerverplatz sei öftlich geregelt, westlich lasse sich jetzt nichts tun, da bei dem zukünftigen Bau der Brücken dort eine Erhöhung dieses Teils erfolgen müsse. Stadtv. Suchantke spricht für eine Planierung des Schießwerverplatzes. Stadtv. Biller glaubt, daß bei den auf den genannten Plätzen noch herrschenden Umständen jeder Versuch für Verschönerungen jetzt wegzuwerfen sei. Oberbürgermeister Dr. Bender würde es für richtiger finden, wenn aus der Versammlung bestimmte Anträge gestellt würden, denen Magistrat nachkommen werde. Es gebe noch viel solcher Plätze, wie den Schießwerverplatz, dessen Regulierung wegen des auf der einen Seite meterhoch liegenden Schuites große Kosten verursachen werde. Die für den Schießwerver bestehenden Zukunftspläne hinderten gleichfalls, schon jetzt an eine endgültige Regelung des Platzes heranzutreten. Nach weiterer Debatte, an der sich noch die Stadtv. Schürmann, Heilberg und Ratsch, sowie der Oberbürgermeister und Stadtbaurat v. Scholz beteiligten, wird ein Antrag auf Schluß der Besprechung angenommen und der Magistratsvorlage zugestimmt.

Die Veröffentlichung der Bezirkseinteilung bei Reichstags- und Landtagswahlen will der Magistrat nicht nach dem Beschluß der Versammlung derart vornehmen, daß den Zeitungen auch die Einlagegebühren gesagt werden. Dagegen sprächen rechtliche Bedenken. Der Berichtsherr Stadtv. Feige teilt diese Bedenken nicht, empfiehlt im übrigen aber lediglich Kenntnisnahme, da Magistrat hier allein zu bestimmen habe.

Stadtv. Bruhns weist aus den früheren Verhandlungen über das Gemeindeblatt nach, daß gerade die Anhänger jener Magistratsvorlage überzeugt waren, es werde bei Befanntmachungen von allgemeinem Interesse bei dem bisherigen Modus bleiben. Darauf wiesen auch die Motive des Magistrats hin. Aber wir seien geduldet worden und müßten jetzt unsere Leichtgläubigkeit bedauern. Jetzt bestände Magistrat wie Sphodok auf seinem Schein, jetzt solle alles einfach über den Leuten des Gemeindeblattes geschlagen werden. Das angebliche Entgegenkommen des Magistrats ist gar keines, denn man könne seinem Zeitungverleger zumuten, daß er die Einlagegebühr, die bis über zweihundert Mark betrage, aus seiner Tasche zahle. Wenn der Magistrat uns jetzt aber doch sehr dankt, daß wir in dieser Sache „nix to seggen“ hätten, so wollen wir ihm doch zum Bewußtsein bringen, daß er bei seinem Verhalten auf Ablehnung unserer Wünsche allgemeine und wichtige Interessen in schwerer Weise schädige.

Oberbürgermeister Dr. Bender sucht die juristischen Bedenken des Magistrats näher zu begründen und will den Vorwurf zurückweisen, daß er die Versammlung absichtlich getäuscht habe. Es handele sich jedenfalls um ein Entgegenkommen und eine Besserung des bisherigen Zustandes. Die „Wollswacht“ sollte mit der Neuordnung besonders zufrieden sein, denn sie habe jedenfalls einen Vorteil gegenüber dem früheren Zustande.

Es wird der Schluß der Debatte angenommen, ein Antrag Heilberg auf Ausschussberatung abgelehnt und die Magistratsäußerung zur Kenntnis genommen. In einer persönlichen Bemerkung erklärt Stadtv. Bruhns, daß er nicht im Interesse der „Wollswacht“, sondern im Gemeininteresse gesprochen habe. Die „Wollswacht“ werde gewiß die erste, vielleicht die einzige Zeitung sein, welche die amtliche Befanntmachung betr. Reichstags- und Landtagswahlen als Beilage auch ohne Einlagegebühr verbreiten werde. Wahl- und Verfassungsaussch. An Stelle des ausgeschiedenen Dr. Porisch ist ein neues Mitglied in den Wahl- und Verfassungsausschuss zu wählen. Abgegeben werden 90 gültige Stimmen. Es erhalten Stimmen Baummeister 61 und Dr. Reuder 29. (Stadtv. Stein ruft: „Beleidigung der Minorität!“)

* Ein langwieriger Brechprozess kam heute Freitag vor der 8. Strafkammer des hiesigen Landgerichts gegen unseren früheren verantwortlichen Redakteur Genossen Klühs zur Verhandlung. Aufgrund von Mitteilungen und Beschwerden der beteiligten Müllegesellen und des Müllevorstandes sah sich Genosse Klühs vor nunmehr zwei Jahren veranlaßt, an den Besitzer der Vordermühle, den inzwischen verstorbenen Herrn Stoller folgenden Brief, (man beachte das Datum!) zu senden:

Breslau, 27. März 1901.
Herrn Gebrüder Stoller
Vordermühle

An den Mühlen 17.
Ueber ein Vorkommnis in Ihrer Mühle, von welchem Sie angeblich keine Kenntnis besitzen, wird uns zuverlässig das folgende mitgeteilt: Anfang Februar ist ein Faß Schmieröl, das über dem eingefallenen Roggen O-Mehl lagerten, angelassen. Daburch sind angeblich 70 Ballen verunreinigt worden. Wie man uns sagt, trifft die Schuld an dem Vorkommnis den Herrn Wertmeister Gippe, auf dessen Veranlassung das verunreinigte Mehl gesiebt und dann auf je 400 Zentner reinen etwa 10-15 Zentner unreinen Mehles verschuttet worden sein soll.

Es wird uns weiter mitgeteilt, daß Herr Gippe, der angeblich selbst nicht Fachmann ist, bestrebt sei, ältere Leute aus der Mühle herauszudrängen und an deren Stelle unzuverlässige Nichtfachleute zu berufen.

Wir können selbstverständlich die Angaben nicht auf ihre Einzelheiten prüfen und haben keine Veranlassung, Ihre Firma wegen der vorgekommenen Unregelmäßigkeiten öffentlich bloß zu stellen, so lange Ihnen selbst die Tatsachen unbekannt sind.

Im Interesse der Öffentlichkeit, des Mehl konsumierenden Publikums und der in Ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter empfehlen wir die Anaelegentheit Ihrer Pflanzung.
Einer gef. Rückantwortung gern entgegensehend
mit Hochachtung

F. Klühs.
Darauf antwortete der Mühlenbesitzer am 28. März:

Der Wortlaut Ihrer gestrigen Zuschrift hat uns veranlaßt, eine durchaus erschöpfende Untersuchung der angelegentheit vorzunehmen, die aus verschiedenen Gründen noch nicht beendet ist.

Wir werden nicht ermangeln, Ihnen das Resultat bald mitzuteilen.
Mit Hochachtung
Breslau, Gebr. Stoller.

Welcher Art die Untersuchung war, mag ein zweiter Brief vom 30. März bekunden:

Die vorerwähnten Untersuchungen haben ergeben, daß Ihre verschiedenen Anschuldigungen (!) durch nichts gerechtfertigt sind, so ist auch namentlich nichts bei uns vorgekommen, wodurch die Gesundheit irgend eines Menschen gefährdet oder gar geschädigt worden wäre.

Gegen Stoller und Gippe wurde, aufgrund unser später erfolgten Veröffentlichung, zwar ein Verfahren wegen Nahrungsmittelverfälschung eingeleitet, dann aber eingestellt. Dagegen wurde aufgrund eines von Gippe gestellten Strafantrages das öffentliche Verfahren eingeleitet, weil G. sich durch den zweiten Abzug des Briefes beleidigt fühlte. Das Schöffengericht erkannte indessen am 18. Dezember 1901 auf Freisprechung. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Verufung ein, die nach mehr als Jahresfrist endlich heute verhandelt wurde. Der Angeklagte wies nach, daß er im ausdrücklichen Auftrag der Mühlenarbeiter gehandelt habe. Der Staatsanwalt beantragte heute selbst die Verwerfung der Verufung. Das Gericht erkannte auch demgemäß, lehnte aber den Antrag des Verteidigers, Herrn Justizrat Hein, ab, der Staatskasse auch die Kosten der Verteidigung auszuverlegen. Der Angeklagte habe in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, objektiv liege aber eine Beleidigung vor, die der Angeklagte hätte verhüten können, indem er die Beleidigungen der Müller gar nicht entgegen genommen hätte. — Das wäre allerdings der einfachste Weg, um Beleidigungsklagen aus dem Wege zu gehen. Die „Wollswacht“ hat aber bekanntlich als Arbeiterblatt die freiwillig übernommene Pflicht, Mißstände zu besprechen und berechtigten Beschwerden der Arbeiter Ausdruck zu geben. Die Kosten der Verteidigung wären sicher dem Angeklagten ersetzt worden, wenn die Staatsanwaltschaft den Antrag bei Herrn Gippe abgewiesen und Herrn G. auf den Weg der Privatklage verwiesen hätte.

* In diejenigen unserer Breslauer Parteigenossen, welche bereit sind, einen der Parteitagsbelegierten für eine Nacht bei sich zu beherbergen, richten wir das Ersuchen, baldigst an den Obmann der Agitationskommission ihre Adressen gelangen zu lassen.

* Zum Bericht über die Arbeitslosen-Versammlung werden wir aufmerksam gemacht, daß die Gewerkschaften im letzten Jahre nicht 976,000, sondern über zwei Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung gezahlt haben. Die erstere Ziffer bezieht sich auf das Jahr 1892.

* Eine große öffentliche Protestversammlung, die sich mit den letzten Vorgängen im Reichstags beschäftigen soll, findet am Sonntag, den 1. Februar Abends 6 Uhr im Saale des „Gewerkschaftshauses“ statt. Referenten sind die Reichstagsabgeordneten Ed. Bernstein, Sasse und Tugauer. Massenbesuch wird erwartet.

* Moskataball des Tapezierer-Verbandes. Wir werden gebeten, an dieser Stelle besonders darauf hinzuweisen, daß morgen Abend im Gewerkschaftshause ein Maskenball stattfindet. Zahlreicher Besuch wird erwartet. (S. Inserat.)

* Vom Schlachtfeld der Arbeit. An der Nikolaistraße Nr. 58 befindet sich an einem Neubau ein Pongerriff, auf dem heute Freitag früh zwei Klempner mit Arbeiten am Dache beschäftigt waren. Etwa um 9 1/2 Uhr brach das Gerüst plötzlich zusammen und die beiden Arbeiter stürzten in die Tiefe. Einer der Unglücklichen war sofort tot, während der zweite so schwere Verletzungen erlitten hat, daß er ins Arbeiter-Hospital geschafft werden mußte. Der Verletzte war noch unverheiratet, während der in Lebensgefahr schwebende Schwerverletzte eine große Familie zu ernähren hat. Die Namen der Verunglückten sind Besa und Bogalski. — Ob das Unglück die man ebige Konstruktion des Gerüsts zurückzuführen ist, dürfte die nots übige Untersuchung ergeben. Wir zweifeln auch nicht, daß die erforderliche Sühne für zwei Menschenleben er...

Von einem Rinderfreund à la Sternberg wird uns das folgende berichtet: Ein vornehm gefiedelter Herr sucht in der inneren Stadt wiederholt Kleiner und schuldflüchtige Mädchen an sich zu locken, um seinen perversen Neigungen zu fröhnen. Schon während des Rindelmärktes wurde er beobachtet, wie er kleine mit Hampelmannern haufende Mädchen durch Zahlung eines 10 Pf.-Stückes zu bestimmten Lichte, ihm durch das Gedränge zu folgen in eine entlegene Gasse. Ein Kind berichtete auch, daß es ihm gefolgt sei und er sie am Ringe unflätlich berührt habe. Der Mann wurde später wieder auf der St. Grogengasse und auf dem Treppentplatz beobachtet, wie er sich an die spielenden Mädchen herandrängte und in letzterem Falle der Tochter eines Bäckermeisters 50 Pf. für Gewährung seiner Lust bot. Der Mann soll Gummischuhe, einen schwarzen Hut und einen glänzenden vornehmen Ueberzieher tragen. Da anzunehmen ist, daß der „Rinderfreund“ auch in anderen Stadtteilen sein Wesen treibt, dürfte sich für die Polizei vielleicht empfehlen, ihm ein gleich „freundliches Interesse“ entgegenzubringen.

Schwerer Unglücksfall. Ein Arbeiter stürzte in Boischowitz, Kreis Breslau, infolge eines Krampfanfalles zu Boden und zog sich bei dem Sturz schwere innere Verletzungen zu. Der Verunglückte wurde in das Hospital des barmherzigen Brüderklosters gebracht, ist aber dort gleichfalls, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, gestorben.

Unglücksfälle. Ein Träger kam auf der Hildebrandstraße zu Fall und erlitt einen Handgelenksbruch. Er fand im Allerheiligen-Hospital Aufnahme. — Ein Zimmergehilfe geriet in einem Neubau an der Berliner Chaussee bei einem Zusammenbruche des Schalengerüsts mit der linken Hand zwischen zwei Bretter, wobei ihm ein Finger gebrochen wurde. — Eine Witwe wurde auf der Altbücherstraße in schwerem Zustand aufgefunden und in ihre Wohnung auf der Heilige Geistsstraße gebracht.

Auf der Ostse eingebrochen ist gestern Nachmittag ein Knabe im Alter von 13-15 Jahren, der sich auf das schwache Eis an der Mündung des Flusses begeben hatte. Auf das Geschrei des Knaben eilte der auf dem Ueberfährdampfer Gilly beschäftigte Heizer Friedrich zur Rettung mit einer Stange herbei, brach aber selbst ein. Der Retter der beiden wurde der in der Nähe beschäftigte Schiff-

bauer Deichsel, welcher den Verunglückten mit eigener Lebensgefahr Hilfe brachte. zehn Minuten später brach unweit der Unglücksstelle abermals ein Knabe ein, den wiederum der Schiffbauer Deichsel rettete.

Lebensmüde. Ein Barbier von der Graupenstraße brachte sich gestern Nachmittag auf dem Dänischer Kirchhofe am Grabe seiner dort ruhenden Frau mittels eines Revolvers einen Schuß bei, der den Tod zur Folge hatte. Die Leiche des Lebensmüden wurde der Anatomie übergeben.

Tot aufgefunden. In der Nacht zum 29. d. M. wurde auf der Michaelisstraße ein junger Mann im Alter von 19 bis 21 Jahren entleert aufgefunden. Der Mann, der keinerlei Legitimationspapiere bei sich hatte, ist einem plötzlichen Tode erlegen. Er trug ein schwarzes Jaguetanzgum, blauer Unterjacket, rothwollenen Strümpfen, schwarzem Hut, schwarzen Pulswärmern und Schnürschuhen. Die Leiche wurde in die Anatomie gebracht.

Eine heftige Detonation erscholl gestern Abend nach 9 Uhr auf dem Ringe vor dem Haupteingange zum Rathaus, in nächster Nähe der Staustraße. Wie sich herausstellte, handelte es sich dabei um einen bösen Bubenstreich; in einem der eisernen Papierkörbe, die an den Laternenpfählen angebracht sind, war ein Feuerwerkskörper (sogenannter „Kanonenknall“) zur Explosion gebracht worden.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 28. d. Mts. 39 Personen einaliefert. — Gefunden wurden: zwei Flaschenkästen, eine Zigarettenpackung, ein goldener Ring mit blauem Stein, eine Ordensspange, ein Schlüsselbund, ein Maulkorb und ein Meter schwarzer Stoff. — Abgehenden kamen: eine goldene Damenremontrühr, ein Hundertzylinder, ein Portemonnaie mit 6 Mk., ein schwarzer Regenschirm und ein Taschenmesser.

Neueste Nachrichten.

Die Wahl in Schleswig.

Bei der Reichstagswahl im dritten schleswig-holsteinischen Wahlkreise wurden bis 10 Uhr Abends gezählt: für Spethmann (Freil. Volksp.) 3289, für Hoffmann-Hamburg (Soz.) 2583 für Hansen-Kiel (natl.) 291, für Graf von

Reventlow-Wulfsbagen (Bund d. Landw.) 1228 und für Prof. Dr. Lehmann-Hohenberg-Kiel (Einflüßler) 162 Stimmen. 1898 wurden in diesem Kreise gezählt: 6357 freikonservative, 5895 freisinnige und 4116 sozialdemokratische Stimmen. Es fehlen noch ungefähr 7000 Stimmen bis zum Gesamtergebnisse.

Die Reichstagswahlen.

Nach der „Wobb. Btg.“ sollen die allgemeinen Reichstagswahlen bereits Ende Mai stattfinden.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 30. Januar:
Holzarbeiter-Verband. Zimmer Nr. 1.
Männer-Gesang-Verein „Vortwärts“. Zimmer Nr. 3.
 Sonnabend, den 31. Januar:
Maskenball der Tapezierer im Saale.
Metallarbeiter-Verband. Bibliotheksabend, Zimmer Nr. 1.
Holzarbeiter-Verband. Zahlabend, Zimmer Nr. 1.
Hilfswerk-Verband. Zahlabend, Zimmer Nr. 1.
Waldhauer-Verband. Zimmer Nr. 5.
Tabakarbeiter- und -Krankenkasse. Zahlabend, Zimmer Nr. 7.
Töpfer-Verband. Zahlabend unten.
Zigarrensortierer. Zahlabend unten.
Sozialdemokratischer Verein. Zahlabend unten.
 Sonntag, den 1. Februar:
Große Volksversammlung Abends 6 Uhr im Saale.
Mauer-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“. Zahlabend unten.
Steinfeger-Verband. Zahlabend unten.
Mauer-Verband. Vormittags, Zahlabend unten.
Bauarbeiter-Verband. Zahlabend unten.
Stiller-Krankenkasse. Vormittags, Zahlabend unten.
Buchbinder-Versammlung. Vormittags 11 Uhr, Zimmer Nr. 1.
Müller-Versammlung. Nachmittags 4 Uhr, Zimmer Nr. 1.
Schlesischer Parteitag. Von 11 Uhr an, Zimmer Nr. 3.
Metallarbeiter-Versammlung. Nachmittags 4 Uhr, Zimmer Nr. 3.
Schwarzarbeiter-Versammlung. Nachmittags 4 Uhr, Zimmer Nr. 5.

Stadt-Theater.

Freitag zum 1. Male:
 „Der polnische Jude.“
 Hierauf zum 1. Male:
 „Eidliche Brautwerbung.“
 Sonnabend:
 Gastspiel **Agnes Sorma.**
 „Gäher.“
 Hierauf:
 „Suzanne.“

Lobe-Theater.

Freitag:
 Gastspiel **Agnes Sorma.**
 „Die verunkelte Glocke.“
 Sonnabend:
 „Das süße Mädel.“

Thau-Theater.

Freitag:
 (Gumboldt-Verein)
 „Die Hoffnung.“

Dominikaner.

Nur noch kurze Zeit
Die Romann's
 Anfang 8 Uhr. Entrée 10 Pf.
 Ab 1. Februar:
Die Orig Leipziger
 Dir.: Belzer.

Zeltgarten.

Vorletzter Abend.
ARRA MOZZA,
 Radfahrer-Verein.
Benedetti u. Stewart.
 Gentleman-Klub.
Burton u. May,
 excentr. Bude Redfänger.
Theodor Lippart Gau,
 Gesang- und Singender und
 Tanz-Dumoriß, Irving, August
 Petra Holm, Ella Captive,
 mod. Sourette, Soubrette.
 Loia de la Sava,
 dreifache Dunde.
 Anfang 8 Uhr.
Gr. Frei-Konzert
 bis 12 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Verein

Breslau.

Wittwoch, den 4. Februar,
 abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung.

NB. Übergabe der Karten zum Maskenball.
 Die Mitglieder werden er-
 sucht, zu den Redemännern pünktlich
 zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Zuckerin

achts, um zu räumen
 billiger
Böttcherstr. 6. J. May sen.

Sie sparen nur beim Ein-
 kauf direkt aus der Fabrik
Herrn-Eisfabrik 10^{er}, RT.
Conformanden-Anz.
Eleg. Anzüge n. Maß 18
Anzugfabrik Wallstr. 17a
 Sonntag auch von 11-2 Uhr.

Am 28. d. M. nachmittags 2 1/2 Uhr verschied nach kurzen Leiden meine inniggeliebte Gattin, unsere Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Luise Schulz,

geb. **Neumann.**
 im blühenden Alter von 55 Jahren.
 Dies zeigt an im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen
Julius Schulz.
 Beerdigung: Sonntag, den 1. Februar, nachm. 2 Uhr.
 von der Leichenhalle des Salvatorfriedhofes.
 Trauerhaus: Brannenstrasse 27.

Versandhaus

für
Orkan-Fahrräder
 und Zubehörteile.

Orkan-Fahrräder mit 1 Jahr Garantie Mk. 75 00		
Laufmaschel	1.25	Zulässigänge
ds. mit 1 Jahr Gar.	5.-	ds. mit Gar.
Prima ds.	6.75	Prima ds. 1 Jahr Gar.
Stoffkette	1.90	Federstreifen
Reifen-Paternen	2.10	Werran-Freilanz-Rabe
Del-Paternen	0.95	Sattel
		2.25

Man verlange ausführlichen Katalog gratis und franco.

Bernh. Wedler, Breslau,

Gr. Grogengasse 14. 99

Rohtabak-Handlung

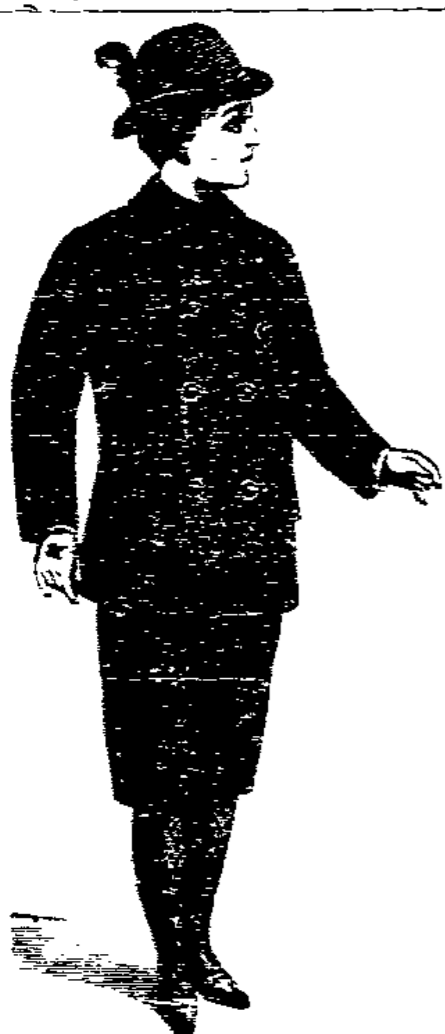
G. Wutke, Inh.: Fritz Gellera,
 Breslau III. Freiburgstr. 7.
 Sämtliche Rohtabake zur Zigarettenfabrikation zu billigsten Preisen. 1154

Das beste und reellste Schuhwerk

neuester Façon kauft man bekanntlich zu den denkbar billigsten Preisen nur bei

H. Christmann

37, Scheitnigerstrasse 37.
 Eine genau auf die Firma zu achten.



Schulanzug

für 6 bis 12jährige Knaben aus
 fröhlichem, weichen Strickgarn
 in prägnanten und edlen, warm
 gefärbten, in obigen Façon, nur
 zweifach mit Knöpfchen

nur **9,50 Mk.** netto

S. Guttentag,
 Chlauerstrasse 76/77,
 I. u. 2. Etage.

Genossen!

fast **Zigarren, Zigaretten**
 und alle Raucherrequisiten nur
 beim **schwartzem Dreier,**
 Markt, Ecke Antonienstr.
 Sonntag von früh 6 Uhr.

Extra billige Schuh-Offerte!

Unser Räumungs-Verkauf

beginnt **Sonnabend, den 31. d. M.**

und gewähren wir auf alle auf

Tischen ausgestellten Waren **20%**, auf alle übrigen Waren **10%**,
 welche an der Kasse in Abzug gebracht werden.

Speier's Schuhwaren-Haus

Breslau, Ohlauerstrasse 14.